

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungen	XIX

Erster Teil

Das mit dem Verbot der falschen Zeugenaussage geschützte Rechtsgut

1. Kapitel: Historischer Überblick	8
2. Kapitel: Rechtsgutbestimmung nach heutiger Rechtslage	49

Zweiter Teil

Täterschaft

3. Kapitel: Allgemeine Voraussetzungen der Täterschaft	74
4. Kapitel: Aussagedelikte als »eigenhändige« Delikte	125

Dritter Teil

Teilnahme

5. Kapitel: Aktive Teilnahme	154
6. Kapitel: Teilnahme durch Unterlassen	276
7. Kapitel: Akzessorietät und Durchbrechungen	339

*Vierter Teil***Besondere Beteiligungsvorschriften**

8. Kapitel: Versuchte Anstiftung zur Falschaussage (§ 159 StGB)	370
9. Kapitel: Verleitung zur Falschaussage (§ 160 StGB)	377
 Schlußfolgerungen und Ausblick	 394
Rechtsprechungsüberblick	397
Quellen	417
Literatur	418
Sachregister	446

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungen	XIX
Einleitung	1

Erster Teil

Das mit dem Verbot der falschen Zeugenaussage geschützte Rechtsgut

1. Kapitel: Historischer Überblick	8
A. Die Strafbarkeit der falschen Aussage und ihre Begründung	8
I. Meineid und falsches Zeugnis im römischen Strafrecht	9
II. Germanisches Altertum und sog. Volksrechte	14
III. Kanonisches Recht	16
IV. Mittelalterliche italienische Doktrin	18
V. Deutsches Strafrecht im Mittelalter	19
VI. Constitutio Criminalis Carolina	21
VII. Wissenschaft des gemeinen Rechts	23
VIII. Auffassungen im 19. Jahrhundert	27
1. Die Darstellungen v. Liszts und Kuttners	27
2. Eigene Darstellung zum 19. Jahrhundert	28
IX. Der Streit um eine Präzisierung des Rechtsguts seit 1871	38
X. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	41
B. Die Beteiligung an der falschen Aussage	45

2. Kapitel: Rechtsgutbestimmung nach heutiger Rechtslage	49
<i>A. Auffassungen zum Rechtsgut der Aussagedelikte</i>	50
<i>B. Stellungnahme und eigene Rechtsgutermittlung</i>	51
I. Zur Methode der Rechtsgutbestimmung	51
II. Tatbestandsinterpretation	53
III. Abstraktionshöhe der Rechtsgutbezeichnung	54
IV. Die Konzeption <i>Vormbaums</i> und ihre Kritik	57
1. »Ordnungsgemäße Entscheidung« als Rechtsgut	57
2. Kritik und Begründung der eigenen Rechtsgutbestimmung	58
V. Abstrakter oder konkreter Gefährdungsmaßstab	66
1. Gefährdungsmaßstab und Rechtsgutpräzisierung	67
2. Die Konzeption <i>Voscheraus</i>	68
3. Eigene Auffassung	69

Zweiter Teil

Täterschaft

3. Kapitel: Allgemeine Voraussetzungen der Täterschaft in § 153 StGB .	74
<i>A. »Falschheit« der Aussage</i>	74
I. Streitstand	74
1. Die Objektive Theorie	75
2. Theorien mit subjektiven Ansätzen	78
a) (extrem-) subjektive Theorie	79
b) Pflichttheorie	80
c) Neue Ansätze (»modifizierte objektive Theorie« u.a.)	82
II. Stellungnahme und eigene Auffassung	83
1. Ein struktureller Vergleich der Theorien	83
2. Hier vertretener Ansatz	85
III. Folgerungen aus der Anwendung der Wahrnehmungstheorie	88
1. Zeugenaussage über vergangene äußere und innere Tatsachen	88
2. Aussagen bei Verpflichtung zu optimaler Wahrnehmung	89
3. Aussagen über gegenwärtige innere Tatsachen	90
4. Verschweigen von Tatsachen / unvollständige Aussage	91
5. Subjektiver Tatbestand und Falschheitskriterium	93
<i>B. Bestimmung der strafrechtlich relevanten Aussage</i>	96
I. Erheblichkeit der Aussage (thematische Beschränkung)	98
1. Zivilprozeß	99
2. Strafprozeß	104

II. Verletzung prozessualer Vorschriften beim Zustandekommen der Aussage (normative Beschränkung)	105
1. Streitstand	106
a) Die sog. Strafzumessungslösung der h.M.	106
b) Die Tatbestandslösung mit Verwertbarkeit als Kriterium	107
c) Die differenzierende Tatbestandslösung <i>Meineckes</i>	108
2. Kritik und eigener Ansatz	108
3. Anwendung auf wichtige Verfahrensvorschriften	115
a) § 69 Abs. 1 und 2 StPO und § 396 ZPO	115
b) Verstoß gegen das Verbot bestimmter Vernehmungsmethoden gemäß §§ 69 Abs. 3, 136 a StPO	117
c) Verstoß gegen Belehrungspflichten hinsichtlich nicht bestehender Aussagepflicht; §§ 52 Abs. 3, 55 Abs. 2 StPO, § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 ZPO	117
d) Verstoß gegen § 60 Nr. 1 StPO und § 393 ZPO als Meineidsausschluß	122
e) Verstoß gegen § 60 Nr. 2 StPO als Meineidsausschluß	123
4. Kapitel: Aussagedelikte als »eigenhändige« Delikte	125
A. Zur Bedeutung von »Eigenhändigkeit«	125
B. Ansichten zur Eigenhändigkeit der Aussagedelikte	128
I. Keine Eigenhändigkeit von Meineid und Falschaussage	128
II. Ausschluß mittelbarer Täterschaft bei den Aussagedelikten	130
1. Kein »Schwur« des mittelbar Beteiligten	131
2. Eigenhändigkeit wegen »Pervertierung der Beweisrolle«	132
3. Falschaussage als »höchstpersönliches« Sonder- bzw. Pflichtdelikt	135
4. Eigenhändigkeit als pflichtenkonturierendes Merkmal	140
5. Prozeßrechtliche Erklärung der Eigenhändigkeit	141
C. Eigene Ansicht zur Eigenhändigkeit	144

Dritter Teil

Teilnahme

5. Kapitel: Aktive Teilnahme	154
A. Teilnahme außerhalb von Prozessen, insbesondere Mitwirkung an einem Sachverhalt, der Gegenstand einer Falschaussage wird	154
B. Teilnahmeakte innerhalb von Prozessen	157
I. Bewirken der Zeugenladung als aktive Teilnahme	158

1. Bloßes Schaffen einer Tatsituation	159
a) Anstiftung durch bloße Zeugenbenennung?	160
b) Beihilfe durch bloße Zeugenbenennung?	161
2. Kausalität	162
3. Kriterien objektiver Zurechnung	163
a) Beschränkung durch Eigenverantwortlichkeit des Täters	164
b) »Neutralität« der Handlung – mangelnder deliktischer Sinnbezug	169
aa) Einzelne Konzepte	170
bb) Stellungnahme	172
c) (Professionelle) Rollenadäquanz	177
aa) Ansichten	178
bb) Stellungnahme	180
d) Handlungsfreiheit	186
e) gemischt objektiv-subjektive Beschränkung der Beihilfe	188
f) Ein Zwischenfazit: Hilfeleisten durch Bewirken der Zeugenladung?	191
4. Privilegierung aufgrund der Eigenschaft als prozessuale oder prozeßordnungsgemäße Handlungen	193
a) Argumentationslinien	194
b) Stellungnahme und Vorbereitung des eigenen Ansatzes	197
c) Eigene Lösung	205
5. Sonderstellung des Angeklagten und seines Verteidigers	211
a) Ansichten und Argumente	212
b) Überprüfung der Argumente und Stellungnahme	215
aa) Fehlende Wahrheitspflicht	215
bb) Aufgrund des »nemo tenetur«-Grundsatzes erlaubtes Leugnen ...	216
cc) »Recht zur Lüge«	217
dd) Übertragung des Selbstbegünstigungsprivilegs des § 258 StGB	218
ee) Verteidigungsrecht des Beschuldigten	221
ff) Ausdehnung auf den Verteidiger?	225
II. Innerprozessuale Handlungen mit psychischer Wirkung als aktive Teilnahme	228
1. Zur sog. psychischen Kausalität und ihrem Nachweis	230
a) Ansichten	230
aa) Geltung der Kausaltheorie der gesetzmäßigen Bedingung auch im psychischen Bereich	230
bb) Rückgriff auf nicht-kausale Verknüpfungsregeln im psychischen Bereich	232
cc) Einheitlicher »juristischer« Verursachungsbegriff	238
b) Eigene Ansicht zur »psychischen Kausalität«	241
aa) Kausalität der psychischen Beeinflussung als begrifflich-dogma- tisches Problem	241
bb) Der Nachweis der psychischen Kausalität	244
2. Innerprozessuale Handlungen als <i>Anstiftung</i>	246

3. Motivatorische Beeinflussungen im Prozeß als <i>Beihilfe</i>	247
a) Ansichten	248
b) Diskussion und eigene Auffassung	250
aa) Zum grundsätzlichen Ausschluß der psychischen Beihilfe	251
bb) Die Voraussetzungen der Beihilfe	252
cc) Die Grenzziehung zwischen Anstiftung und Beihilfe	256
dd) Anwendungsbereich der psychischen Beihilfe	259
ee) Grenzen des Anwendungsbereichs der psychischen Beihilfe	266
ff) Konkreter Anwendungsbereich psychischer Beihilfe zur Falschaussage im Prozeß	268
<i>C. Zusammenfassung der Ergebnisse des 5. Kapitels und Überprüfung der veröffentlichten Rechtsprechung</i>	270
I. Ergebnisse	270
II. Überprüfung der veröffentlichten Rechtsprechung	271
 6. Kapitel: Teilnahme durch Unterlassen	276
<i>A. Zur Teilnahme durch Unterlassen im allgemeinen</i>	276
I. Auffassungen	276
1. Teilnahme durch Unterlassen als zulässige Konstruktion	276
2. Die Konkurrenzlösung von <i>Roxin</i>	278
3. Teilnahme durch Unterlassen nur als kriminalpolitisch begründete Ausnahme	278
II. Stellungnahme	279
 <i>B. Teilnahme am Aussagedelikt durch Unterlassen</i>	283
I. Anstiftung oder Beihilfe durch Unterlassen zum Aussagedelikt?	285
II. Pflicht zur Taterschwerung?	286
1. Ansichten	287
a) Hypothetisch sichere Erfolgsabwendung als Voraussetzung ...	287
b) Unterlassene Taterschwerung genügt	287
2. Stellungnahme	289
 III. Die Garantenpflicht zur Hinderung oder Erschwerung eines Aussagedelikts	292
1. Rechtspflicht aus § 138 ZPO ?	293
2. Rechtspflicht aus Verwandtschaft oder enger Verbundenheit?	293
3. Rechtspflicht aus vorangegangenem Tun (Ingerenz)	294
a) Die grundsätzliche Frage der Ingerenzhaftung	295
b) Ingerenzhaftung für ein deliktisches Verhalten Dritter	298
aa) Die Diskussion im Schrifttum und ihre Kritik	299
(1) Weitestgehende Haftung nach objektiver (unvorsätzlicher) Beihilfehandlung	299

(2) Ingerenzhaftung bei »prozeßinadäquater« Gefahrschaffung	302
(3) Ingerenzhaftung nur bei Ausschaltung der Eigenverantwortung des Zeugen	306
(4) Grundsätzliche Ablehnung der Ingerenz im Falle des über einen Dritten vermittelten Erfolgs	310
(5) Ingerenzhaftung nur bei sozial inadäquater Vorhandlung	315
(6) Ingerenzhaftung bei »erkennbarer Tatneigung«	320
(7) Ingerenzhaftung (auch) bei nur beschränkt sozial erlaubtem Risiko-Vorverhalten	321
bb) Eigene Lösung	323
(1) Ingerenz bei Risiko-Vorhandlungen	324
(2) Ingerenz beim Risiko fremder Straftaten	325
(3) Ingerenz beim Risiko einer Falschaussage bzw. eines Meineids	327
(a) Angeklagte und Verteidiger im Strafprozeß	327
(b) Prozessuale Bewirkung der Zeugenaussage als gefährdende Vorhandlung	328
(c) Ingerenzhaftung nach außerprozessualer Beeinflussung des Zeugen im Zivilprozeß	330
(d) Zumutbarkeit des tathindernden bzw. -erschwerenden Akts	332
<i>C. Zusammenfassung der Ergebnisse zum 6. Kapitel und Überprüfung der veröffentlichten Rechtsprechung</i>	<i>334</i>
I. Ergebnisse	334
II. Überprüfung der einschlägigen Rechtsprechung	335
1. Fälle mit Angeklagtem als Verpflichtetem	335
2. Fälle, in denen ein Angehörigenverhältnis die Garantenpflicht begründen soll	335
3. Fälle, in denen ein sonstiges Näheverhältnis die Ingerenz (mit)begründen soll	336
4. Fälle mit anderen Begründungen für die Garantenpflicht aus Ingerenz	336
 7. Kapitel: Akzessorietät und Durchbrechungen	 339
<i>A. Zeugenstellung als besonderes persönliches Merkmal</i>	<i>339</i>
I. Kriterien für »besondere persönliche Merkmale« i.S.d. § 28 Abs. 1 StGB	339
1. Ansichten	339
a) die Abgrenzung nach Tat- bzw. Täterbezogenheit	339
b) Die Einheitslösung <i>Schünemanns</i>	340
c) Rechtsgutbezogenheit als ausschlaggebendes Kriterium	341
d) Wertbezug als Kriterium	344
e) Personale Unrechtsdifferenz wegen besonderer Pflichten- stellung als Kriterium	345
2. Stellungnahme	348

II. Zeugenstellung als besondere Pflichtenstellung?	349
1. Argumente für eine solche Pflichtenstellung und ihre Kritik	350
a) Überantwortung des Rechtsguts und Schlüsselposition	350
b) »Zeuge« als Pflichtdeliktsmerkmal	352
c) Strafrahmendiskrepanz zu § 160 StGB	354
2. Eigene Auffassung	356
<i>B. Spezielle Auslegungsfragen und ihre Bedeutung für die Beteiligungs-</i> <i>formen (§§ 153, 154, 157, 158 StGB)</i>	<i>359</i>
I. Falschheit und Beteiligung	359
II. Aussagenotstand (§ 157 Abs. 1 StGB) und Teilnahme	361
1. Ansichten	361
2. Stellungnahme	363
III. Aussageberichtigung (§ 158 StGB) und Teilnahme	365
1. Persönlicher Anwendungsbereich des § 158 Abs. 1 StGB	365
2. Bezugsperson der Verspätung gemäß § 158 Abs. 2 StGB	368

Vierter Teil

Besondere Beteiligungsvorschriften

8. Kapitel: Versuchte Anstiftung zur Falschaussage (§ 159 StGB)	370
I. Streitstand	370
1. Die »Versuchslösung«	370
2. Die nach Tauglichkeit der Haupttat differenzierende Versuchs-	
lösung	371
3. Die »Akzessorietätslösung«	371
II. Eigene Auffassung	372
9. Kapitel: Verleitung zur Falschaussage (§ 160 StGB)	377
<i>A. Der Tatbestand der Verleitung</i>	<i>377</i>
<i>B. Das Problem der Strafrahmendifferenz</i>	<i>379</i>
I. Bestandsaufnahme	379
II. Historische Erklärung der Strafrahmendifferenz	381
<i>C. Irrtum über die Tatherrschaft</i>	<i>384</i>
I. Objektive Anstiftung bei Verleitungsvorsatz	384
1. Streitstand	385
a) argumentum a maiore ad minus	385

b) § 160 StGB als Grundtatbestand	385
c) Nur Versuchsstrafbarkeit	386
2. Stellungnahme	386
II. Objektive Verleitung bei Anstiftungsvorsatz	389
1. Streitstand	389
a) Nur versuchte Anstiftung	389
b) Vollendete Verleitung neben versuchter Anstiftung	389
c) Vollendete Anstiftung	390
2. Stellungnahme	390
<i>D. Verleitung durch Unterlassen</i>	<i>391</i>
 Schlußfolgerungen und Ausblick	 394
 Rechtsprechungsüberblick	 397
A. Zur aktiven Teilnahme an Aussagedelikten durch innerprozessuale Handlungen	 397
B. Zur Beihilfe zum Aussagedelikt durch Unterlassen	402
Quellen	417
Literatur	418
Sachregister	446